Vorwort

Der vorliegende Forschungsbericht entstand im Rahmen der *Kommission für Migration und Integration der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* (ÖAW), die von Rainer Bauböck und Max Haller geleitet wird. In diesem Kontext wurden seit 2019 eine Reihe von Studien zu diesem Thema durchgeführt und Publikationen darüber der Öffentlichkeit vorgelegt (Haller 2019; Bauböck/Haller 2021; Valchars/Bauböck 2021). Die Relevanz der Themen Migration und Integration für Österreich steht außer Frage. Dieses Land steht heute mit einem Ausländer*innenanteil von 17 % an der Spitze aller EU-Mitgliedsstaaten (wenn man die Kleinstaaten Liechtenstein und Luxemburg ausklammert); rund 1,4 Millionen der am 1.1.2021 in Österreich lebenden 8,9 Millionen Menschen sind ausländische Staatsbürger*innen. Die von der genannten ÖAW-Kommission zuletzt durchgeführte Studie zum Thema „Doppelstaatsbürgerschaft" erbrachte einen überraschenden und wichtigen Befund. Ein erheblicher Teil der in Österreich lebenden Ausländer*innen (über eine halbe Million) hätte aufgrund ihrer Aufenthaltsdauer und wohl auch ihrer Integration durchaus die Möglichkeit und das Recht, sich um die österreichische Staatsbürgerschaft zu bewerben (Marik-Lebeck 2021). Ein Grund dafür, dass dies nicht tun, ist die restriktive Haltung Österreichs zur doppelten Staatsbürgerschaft (Reichel 2011; Karasz/Perchinig 2013; Reichel/Perchinig 2015; Bauböck 2021; Bauböck/Valchars 2021).

Ein hoher Anteil von ausländischen Staatsbürger*innen stellt jedoch ein demokratiepolitisches Problem dar, weil ihre Interessen im politischen Prozess nicht ausreichend zur Geltung kommen (Valchars 2006, Reichel 2011, Stadlmair 2018). Aufgrund dieser Tatsache bemühten sich die Leiter der ÖAW-Kommission, Finanzierungen für eine Befragung von Ausländer*innen in Österreich zu erlangen, um deren Einstellungen zum Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu erfassen. Nach mehreren Anträgen bei verschiedenen Institutionen und Landesregierungen erklärte sich aber nur die Stadt Wien bereit, eine solche Studie zu finanzieren. Diese positive Entscheidung erscheint auch sehr gut begründet vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Ausländer*innenanteil unter der legal und dauerhaft in Wien lebenden Bevölkerung 30 % beträgt (Stadt Wien 2019, 2020). Das demokratiepolitische Problem ihres Ausschlusses von Wahlen, der zentralen politischen Teilnahmemöglichkeit in repräsentativen Demokratien, stellt sich hier also in besonderer Schärfe. Die Stadt Wien ist sich dieses Problems bewusst und setzt auch aktiv Schritte, um lange hier lebende Ausländer*innen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft zu motivieren. Die Autor*innen dieser Studie hoffen, dass die Ergebnisse unserer Studie für diese Bemühungen hilfreich sind.

Für die Möglichkeit zur Durchführung dieser Studie möchten die Autor*innen in erster Linie der Stadt Wien, insbesondere der Stadt Wien – Integration und Diversität danken; durch ihre Finanzierung wurde die Durchführung des Projekts erst möglich. Namentlich danken wir den Damen und Herren Ursula Struppe, Theodora Manolakos, Kemal Boztepe und Philipp Hammer, die das Projekt unterstützt und uns beraten haben. Danken möchten wir auch dem Präsidium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, das unseren Arbeiten im Rahmen der Kommission für Migration und Integration seit langem positiv gegenübersteht. Für diese Studie wurde von der ÖAW, neben der laufenden administrativen Unterstützung, auch ein kleiner finanzieller Betrag für die Auswertung der Daten zur Verfügung gestellt. Die vorliegende Studie wurde angeregt und inhaltlich konzipiert vom Erstautor Max Haller; er verfasste die Teile 1 bis 3 dieses Berichtes. Dabei erhielt er zahlreiche Anregungen von Rainer Bauböck. Die Auswertung des quantitativen Teils der Studie (Teil 4) besorgte Jeremias Stadlmair. Bei der Entwicklung der Studie und ersten quantitativen Auswertungen arbeitete Patrick Mathae mit. Die ergänzenden qualitativen Interviews wurden durchgeführt von Sina Ansari, Sarah Ebner und Faime Alpagu. Die beiden ersteren verfassten auch Rohberichte über ihre Ergebnisse; Teile davon wurden in diesen Bericht aufgenommen.